

Wegen einer Petition fliegen im Gremium die Giftpfeile – Kompromiss bei Bebauung?

## **Vertrauensbruch und Drohungen: Schlamm Schlacht um den Spatzenberg im Wartenberger Marktrat**

17.Juni 2021 Bericht\_Markus Schwarzkugler, Erdinger Anzeiger

Weil zwei Grünen-Räte eine Petition gegen die Bebauung einer Ausgleichsfläche unterschrieben hatten, sind im Wartenberger Marktrat die Fetzen geflogen. Auch der Bürgermeister musste sich deutlich Worte anhören.

Wartenberg – Auch so mancher Wartenberger Marktgemeinderat redet selbst gerne schmunzelnd vom Königlich Bayerischen Amtsgericht, wenn er über sein Gremium spricht. Für das Publikum sind die Sitzungen mitunter recht unterhaltsam. Wegen der kurzen Tagesordnung waren diesmal keine Zuhörer gekommen. Sie hätten aber was erlebt, denn unter dem Punkt „Bekanntgaben/Anfragen“ flogen die Fetzen.

Im Zentrum des Ärgers: die Petition gegen die Bebauung der Ausgleichsfläche am Bründlhof beziehungsweise Spatzenberg. In der Strogenhalle entspann sich am Mittwoch die für das Gremium wahrscheinlich unrühmlichste Debatte, seit man vor zweieinhalb Jahren einen Architekten wegen der Kosten am Alten Schulhaus ins Kreuzfeuer genommen hatte.

Der Zorn, vor allem der CSU – die Freien Wähler hielten sich in der Sitzung lieber komplett raus –, richtete sich diesmal auf die Grünen-Räte Martina Scheyhing und Dominik Rutz, die die Petition unterzeichnet hatten. Diese wehrten sich aber vehement.

Wie berichtet, hatte die Unterschriftenaktion rund um den Bauausschuss am Montag vergangener Woche für Unruhe gesorgt. Anwohner hatten Wind bekommen von einer Bebauungsplanänderung, die den Bau von Häusern auf drei Grundstücken ermöglichen soll, und sich vorab schlecht informiert gefühlt. Vor der Sitzung war es zu einem Treffen von Betroffenen – bis Donnerstagmittag hatte die Petition 134 Unterstützer – mit Bürgermeister Pröbst gekommen, der Ausschuss gab der Planänderung aber letztlich statt.

„Ich war überrascht, was da am Sonntag und Montag auf mich eingestürzt ist“, meinte Pröbst nun im Marktrat. In den Mails und auch in der Unterschriftenaktion seien falsche Argumente ins Feld geführt worden (wir berichteten), die Petition sei mittlerweile entsprechend abgeändert. Pröbst hatte sich auf einem DIN A4-Zettel eine Ansprache Richtung Scheyhing und Rutz zurechtgelegt.

Warum zwei Markträte die fehlerhafte Version der Petition unterzeichnet hatten, und das ohne vorher bei Verwaltung oder Bürgermeister nachgefragt zu haben, konnte Pröbst nicht nachvollziehen. Er sprach von einem „großen Vertrauensbruch“ und trat noch mal wegen der Kritik auf der Marktratsklausur am Vorpreschen der CSU mit einem Antrag auf Ausbau von Photovoltaik-Anlagen nach. „Immer gute Zusammenarbeit einfordern und sich selbst dann nicht daran halten, das ist ein Unding“, wettete Pröbst.

Scheyhing und Rutz würden sich gegen die eigene Verwaltung und gegen den Bürgermeister stellen. „Ihr seid gewählte Vertreter der Bürger und sollt das Bindeglied sein in unser Rathaus – und nicht der Keil, der die Gemeinschaft entzweit“, wurde Pröbst pathetisch.

Scheyhing holte zur Retourkutsche aus. „Wo ich unterschreibe, ist meine Sache. Ich weiß, was ich mache“, betonte sie. Sie sei kein Ausschussmitglied und habe ihre Stimme gegen das Zubauen der Fläche eben über die Petition abgegeben. „Ich will mir auch vom Herrn Bürgermeister nicht drohen lassen“, stellte sie in Richtung Pröbst klar. „Du darfst dich warm anziehen“ oder „Du wirst mich noch kennenlernen“, Sätze wie diese habe er in ihre Richtung gesagt. Pröbst wollte das nicht kommentieren.

Rutz sprach von seinem politischen Recht, die Petition zu unterschreiben. Er habe sich vorab alle Pläne angeschaut und mit den Anwohnern gesprochen, auch über deren falsche Annahmen. Dennoch sei er eben dagegen, die Fläche zu bebauen. „Der ganze Prozess war relativ unglücklich von allen Beteiligten“, stellte Rutz fest. Seiner Meinung nach hätte man schon früher als eine halbe Stunde vor der Ausschusssitzung mit den Anwohnern sprechen können. Pröbsts Hinweis auf den gewöhnlichen Ablauf, dass der Bebauungsplan zunächst im Rat besprochen werde und dann eben erst in die Öffentlichkeitsbeteiligung gehe, überzeugte ihn wenig. Den Anwohnern gleich mit einem Anwalt zu drohen, gefiel Rutz ebenso wenig. Wenn Unwahrheiten im Raum stünden, „dann droh’ ich schon“, antwortete Pröbst trocken.

Eduard Ertl (Neue Mitte) kritisierte, die Unterzeichner seien sich wohl nicht ganz im Klaren, welches Amt sie bekleiden. Man habe nicht Flächen ohne Ende, wolle drei Wartenbergern das Bauen ermöglichen. Als Marktrat sei man dem Allgemeinwohl verpflichtet.

Schon vor der Debatte hatte Josef Sedlmaier (CSU) den Antrag gestellt, man solle das Thema nochmal im Marktrat besprechen, als Kompromiss eventuell von drei auf zwei Grundstücke heruntergehen. Mit Ausnahme von Ertl und Nikolaus Hintermaier (FDP) stimmten alle für die erneute Beratung. Hintermaier schimpfte in Richtung der Anwohner, es sei eine „Sauerei, wenn ich eine Petition aufstelle und dann die Wiese kaputt mache“. Die Benutzung der Fläche – als Baustelleneinrichtungsfläche und Zufahrt – sei abgestimmt gewesen, erklärte Pröbst dazu.

Dass die CSU nun die erneute Beratung beantragt hatte, sorgte für Frotzeleien aus Richtung anderer Parteien. „Das ist nett von der CSU, das jetzt in den Gemeinderat zu holen“, spöttelte etwa Scheyhing.

Mittlerweile sei in die Debatte um den Spatzenberg doch Sachlichkeit eingekehrt, bilanzierte 3. Bürgermeister Bernd Scheumaier (CSU) fast schon beschwichtigend. In Zukunft solle das schon im Vorfeld so sein.

2. Bürgermeisterin Carla Marx (Neue Mitte) konnte derweil die ganze Aufregung nicht verstehen. Denn: Schon im ersten Bebauungsplanentwurf, als es den Biergarten am Bründlhof noch gab, seien die drei Bauparzellen vorgesehen gewesen, aber dann aus immissionsschutzrechtlichen Gründen aus der Planung genommen worden. Nur gebe es den Biergarten nun nicht mehr.

Michael Gruber (SPD) versuchte es auf die süffisante Art: „Da hätte ich jetzt fast schon Lust, die Petition im Nachgang zu unterschreiben“, frotzelte er und betonte mit Blick auf die Grünen-Unterzeichner: „Es gibt im Gemeinderat keine Einstimmigkeitspflicht.“

Wo die Anwohner ihre Infos herhatten, blieb offen. Isabell Haindl (CSU) berichtete aus Gesprächen mit Betroffenen, dass sie die teils fehlerhafte Petition unterschrieben hätten, weil das eben auch zwei Gemeinderäte getan hätten. Haindl sprach von einer „Außenwirkung, die uns allen nicht ganz gut tut“.

Nein, sein Image hat das Gremium am Mittwoch wohl nicht aufpoliert. Und lustig, wie im Königlich Bayerischen Amtsgericht, war's diesmal auch nicht.